



## Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** und der **Leiter** des Fachbereichs Finanzen führen in das Thema Haushaltsplan 2024 mit Finanzplanung und Investitionsprogramm 2023 – 2027 ein und erläutern den Verlauf der bisherigen Haushaltsplanberatungen. Dabei geht der Stadtkämmerer anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zum Protokoll) auch auf das Änderungsverzeichnis ein.

Nachfolgend der Redebeitrag des **Leiters** des Fachbereiches Finanzen: „Wir feiern heute ein kleines Jubiläum: Seit Umstellung auf das NKHR 2014 ist das nun im zehnten Jahr ein doppischer Haushaltsplan, den ich Ihnen heute zur Beschlussfassung vorlege. Das Jahr 2024 und die Folgejahre werden von dem Thema WIN LB beherrscht; wir müssen das strukturelle Defizit des Haushaltes in den Griff bekommen. Wir werden alle unsere Aufgaben und Prozesse kritisch hinterfragen, überlegen, was wir künftig anders, besser und digitaler machen, aber auch überlegen, was wir künftig weniger oder gar nicht mehr machen. Wir haben mittlerweile eine Geschäftsstelle eingerichtet und machen uns mit externer Unterstützung auf den steinigen Weg. Es bleibt bei unserem Ziel, den Ergebnishaushalt nachhaltig, d.h. dauerhaft jährlich um 15 Mio. EUR zu entlasten und gleichzeitig die Verwaltung und die Prozesse zu optimieren. Nun aber der Blick auf den Haushaltsplan 2024: Die Einbringung des Haushaltsentwurf erfolgte am 08.11. Die Generaldebatte fand am 22.11. statt verbunden mit 37 Anträgen ihrerseits. Ich bedanke mich bei allen Antragstellern für die konstruktiven Anträge. Die Behandlung dieser Anträge fand in den Gemeinderatssitzungen am 05. und 06.12. statt. Hierzu haben wir Ihnen die Vorlage 399/23 mit insgesamt 7 Anlagen erstellt. Die Ergebnisse des Beratungsfahrplanes sind eng mit der Geschäftsstelle Gemeinderat abgestimmt. Auf diesem Schaubild sehen Sie die Übersicht der Änderungen zum Haushaltsplanentwurf, aufgeteilt in eine Spalte Veränderungen durch das Änderungsverzeichnis und eine Spalte Änderungen in den Haushaltsberatungen durch Ihre Anträge. Das Änderungsverzeichnis ist im Wesentlichen geprägt durch die Ergebnisse der Steuerschätzung und Anpassungen im Finanzausgleich Sie konnten den Verwaltungsvorschlägen bei der Gewerbesteuer, der Grundsteuer und den Gebühren für Kindertageseinrichtungen mehrheitlich nicht folgen, daraus resultiert der Rückgang der Erträge von 3.485 TEUR. Wir haben Ihnen eine Kompensation der Grundsteuerausfälle vorgeschlagen, die Sie mittragen konnten. Für den Ertragsausfall bei der Gewerbesteuer von 2,5 Mio. EUR haben wir allerdings keine Kompensation. Durch Ihre Anträge kamen insgesamt 130.000 EUR hinzu: 50.000 EUR für den Theatersommer, 50.000 EUR für den Rad- bzw. Feldweg in Eglosheim sowie 30.000 EUR für die Migrationsberatung. Hier der Blick auf die Änderung der Haushaltssatzung: In der Summe hat sich der Entwurf des Ergebnishaushaltes nach Abschluss der Beratungen um 1.367.600 EUR verschlechtert; das ordentliche Ergebnis verändert sich jetzt dadurch von rund -13,9 Mio. EUR auf -15.302.663 EUR. Im Finanzhaushalt bekommen wir durch die Veränderungen eine weitere Verschlechterung des kassenmäßigen Zahlungsmittelbedarfs des ErgebnisHH um ebenfalls 1.367.600 EUR von rund -11,8 Mio. EUR auf nun -13.153.583 EUR. Im investiven Bereich gibt es im Saldo eine leichte Verbesserung von 300.000 EUR, weil Sie auf das Funktionsgebäude im Sportpark Ost verzichten. Sie sehen anhand des Pfeiles im Schaubild, dass wir die Neuaufnahme der Kredite damit um 1.067.600 EUR auf rund 51,8 Mio. EUR erhöhen mussten. Noch kurz einen Blick auf die Finanzplanung: Sämtliche Änderungen sowie die Ergebnisse der November- Steuerschätzung wurden von uns bis zum Jahr 2027 berücksichtigt und weitergerechnet. Wir haben die Senkung des Gewerbesteuer-Hebesatzes für die

Jahre bis 2027 beibehalten, ebenso bleibt auch in diesem Zeitraum der Grundsteuerhebesatz unverändert. Bei der Kreisumlage haben wir ab 2025 einen um 3 Punkte höheren Umlagesatz berücksichtigt. Im Finanzplanungszeitraum haben wir dadurch auch in den Jahren 2025 bis 2027 negative Ergebnisse im Ergebnishaushalt. Wir haben bereits anwachsende Konsolidierungsbeträge von WIN LB in diesen Jahren eingeplant, Sie sehen in der vorletzten Zeile die hinterlegten Beträge, trotzdem klappt die Schere weiter auseinander, weil die Aufwendungen schneller steigen als die Erträge. Wir benötigen für unser nahezu unverändertes Investitionsprogramm in der Summe eine Finanzierung von rd. 207 Mio. EUR. Da wir im Finanzplanungszeitraum im Saldo keine Eigenfinanzierungs-raten erwirtschaften, muss die Deckung durch den Einsatz eigener Liquidität von 17,5 Mio. EUR und geplanten Krediten von 189,7 Mio. EUR erfolgen; im Entwurf sind wir hier noch von 175,3 Mio. EUR ausgegangen, d.h. wir erhöhen die Kreditaufnahmen um weitere 14,4 Mio. EUR und das ohne unsere Investitionstätigkeit zu verändern. In der unteren Zeile sehen Sie die stark ansteigenden Tilgungsleistungen, die wir als Konsequenz der Kreditaufnahmen zu leisten haben. Auf der nächsten Folie habe ich Ihnen die Entwicklung der Zinszahlungen abgebildet, falls wir die Kredite in diesem Maße benötigen, haben wir auch einen rasanten Anstieg der Zinszahlungen (im Jahr 2028 bereits 7,8 Mio. EUR). Auf dieser Folie sehen Sie die Entwicklung der Zahlungsmittel-überschüsse des laufenden Betriebes und der Netto-Abschreibungen. Das Ziel muss es sein, die Abschreibungen zu erwirtschaften; d.h. der Zahlungsmittelüberschuss soll nachhaltig über der roten Linie liegen. Davon sind wir allerdings weit entfernt. Hier sehen Sie die Entwicklung des Schuldenstandes bis zum Jahr 2027 Ende 2022 betrug der städtische Schuldenstand ohne die Eigenbetriebe knapp 22 Mio. EUR, fünf Jahre später, im Jahr 2027, drohen uns bis zu 202 Mio. EUR Schulden. Wir erstellen derzeit mit Hochdruck die aktuelle Fassung, damit diese noch vor Jahresende zum RP Stuttgart als unsere Genehmigungs-behörde wandert und wir dann hoffentlich bis spätestens Februar einen genehmigten Haushalt vorliegen haben. Das Thema Haushalt ist dadurch aber nicht bis zum nächsten Herbst erledigt, sondern es bleibt eine Daueraufgabe von uns allen, der Verwaltung, aber auch von dem alten wie auch nach der Kommunalwahl in Teilen neuen Gemeinderat. Ich kann und will nicht verhehlen, dass ich als Leiter des Fachbereichs Finanzen mit diesem vorliegenden Zahlenwerk nicht zufrieden bin. Der Kämmerer ist ja qua Amt ein Schwarzmalter, so wird gerne ein Vorurteil gepflegt; ich hingegen habe in meiner Haushaltsrede an Sie das Phänomen der Hoffnungssturheit bemerkt. Und die Wahrheit liegt wahrscheinlich, wie so oft, irgendwo dazwischen. Trotzdem zeigt das Zahlenwerk unseres Haushalts besorgniserregende Tendenzen, es ist aber das Ergebnis reiner Arithmetik aller Mittelanmeldungen und angenommener Steigerungsraten, die sich im Wesentlichen auf die Erfahrungswerte der letzten Jahre stützen. Der Konsolidierungsdruck wird immer größer, wir werden bzw. müssen im nächsten Jahr den Schwerpunkt auf die Ausgabenseite legen und ich persönlich wünsche mir, dass Sie als die gewählten Vertreter der Stadtbevölkerung die Vorschläge, die im Projekt WIN LB erarbeitet werden, mittragen und vor allem auch beschließen.

Sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte, Ich wünsche Ihnen schon jetzt schöne Weihnachten, einen guten Rutsch und bleiben Sie gesund! Mein Dank gilt auch den Kolleginnen und Kollegen aus den Fachbereichen und vor allem meinen Mitarbeitenden im Fachbereich Finanzen, die wieder eine wirklich tolle Teamleistung abgeliefert haben.“

Die Stellungnahme des Gesamtpersonalrats zu den Themen Personalbedarf und Personaleinsatz, Mitarbeitergewinnung sowie Personalbindung sei an die Fraktionen am 05.12.2023 verschickt worden, so der **Personalratsvorsitzende**. Heute wolle er

seine persönliche Sichtweise zu den Themen Stimmungslage, Effektivität und Effizienz sowie Prioritäten darlegen. Unbestimmte Vorgaben zum Abbau von Stellen, Haushaltsberatungen, einzelne Rückmeldungen aus der Belegschaft in Form von Verunsicherungen und insgesamt die gesellschaftliche Lage bereiten ihm Sorgen. Abteilungs- und Fachbereichsleitungen seien verunsichert. Die Aufgabe von WIN LB, die Verwaltungsmodernisierung und Haushaltskonsolidierung voranzutreiben, können die Effektivität und Effizienz steigern, jedoch habe dies Konsequenzen für die Mitarbeitenden, in dem kurzfristig zusätzliche Zeitressourcen gebraucht werden. Konkret werden durch WIN LB Arbeitsprozesse und Aufgaben geprüft, optimiert oder gestrichen. Die oberste Priorität sei die Entlastung der Mitarbeitenden. Die Ideenbörse von WIN LB sei eine zusätzliche Aufgabe für die Gesamtverwaltung. Man wolle Entlastung schaffen, Aufgaben verringern, verschieben oder aufgeben. Weiterhin müsse man an den guten Arbeitsrahmenbedingungen arbeiten. Dazu gehören auch Personalbindungsmaßnahmen, unter anderem nennt er die kostengünstige Kantine, Fahrtkostenzuschüsse, Fortbildungen, betriebliches Gesundheitsmanagement, mobiles Arbeiten, gute Dienstvereinbarungen sowie Betriebskitaplätze. Im Vergleich zu anderen Kommunen sei man gut aufgestellt. Eine Entlastung bedeute ebenso vakante Stellen zu verringern, wie auch die Reduzierung von Öffnungs- und Betreuungszeiten. Die Verwaltungsspitze und der Gemeinderat solle klar Prioritäten benennen und ihr Handeln danach ausrichten.

OBM **Dr. Knecht** dankt den Mitarbeitenden der Stadtverwaltung. Man habe stark um den Haushalt gerungen und er geht auf die Abstimmungen Anfang Dezember ein. Das Personaltabelleau sei stark reduziert worden. Dies ringe der Mitarbeiterschaft viel Verständnis ab. Eine Trias von Kitagebühren-, Grundsteuer- und Gewerbesteuererhöhung habe keine Mehrheit gefunden. Die Enttäuschung darüber sei groß, doch so sei Demokratie, merkt OBM Dr. Knecht an und akzeptiert die Entscheidung. Paragraf 43 der Gemeindeordnung anzuwenden, wonach der Bürgermeister berechtigt sei, bei Beschlüssen Widerspruch einzulegen, die von Nachteil für die Kommune seien, habe er unterlassen, auch weil die Mittel aus den verpassten Einnahmen teilweise aus anderen Quellen gewonnen werden könnten und damit die rechtliche Grundlage für eine Anfechtung fehle. Er geht auf die Ausgabenseite ein. Es gebe ein herausragendes Investitionsprogramm, insbesondere werde in die Bereiche Bildung, Wohnen und Klima investiert. Weiter spricht er die Tochterkonzerne an. Man müsse sparen und fordere, sich künftig von zwei Dritteln der geplanten Investivprojekte zu trennen und ein Drittel vernünftig zu priorisieren. Er geht auf das Projekt WIN LB, den Verwaltungsmodernisierungsprozess, die Digitalisierung und Verbesserung der Erträge ein. OBM Dr. Knecht dankt dem Gremium für die gute Zusammenarbeit und wünscht schöne Weihnachten. Er eröffnet die Aussprache.

Nachfolgend der Redebeitrag von Stadträtin **Dr. Knoß**: „Ich werde mich heute ganz einfach ausdrücken. Angesichts der letzten Diskussionen und dem Abstimmungsverhalten finde ich das passend. Man muss nur ein paar ganz einfache Dinge verstanden haben. Man hat Ausgaben und man braucht Einnahmen und wenn dann das Geld nicht reicht, kann man Schulden machen. Aber die müssen auch wieder abbezahlt werden und dafür sollte man einen Plan haben. Wenn man dann merkt, dass die Wünsche größer sind als das zur Verfügung stehende Geld, dann muss man sich etwas überlegen.

Eine Möglichkeit ist es, sich die Einnahmenseite anzusehen. Wenn man die Einnahmen verbessern möchte, wird man auf Widerstände stoßen, sofern man das Geld irgendwelchen Personen wegnehmen muss. Das muss man eigentlich immer. Hier kann man sich dann überlegen, wem es am wenigsten wehtut. Man könnte sich

natürlich auch überlegen, wen man am wenigsten verärgern möchte, aus welchem Grund auch immer. Die CDU, FW und FDP und in diesem Fall auch LUBU hätten es gerne, dass immer nur die Grünen fürs Wegnehmen zuständig sind und sie sind fürs Verteilen zuständig. So hoffen sie, sich Freunde zu schaffen. Man kann natürlich auch die Ausgaben reduzieren. Da wird von konservativer Seite hartnäckig falsch behauptet, dass zu viele goldene Wasserhähne verbaut werden. Dass die Goldenen Parkplätze ein riesiger Kostentreiber sind, wird natürlich ganz bewusst verschwiegen. Ganz konkrete Vorschläge, wo wir nun sparen sollen, die werden natürlich nicht gebracht. Die eingebrockte Suppe soll dann WIN LB auslöffeln. Das wird harte Einschnitte bedeuten. Man kann auch Wünsche nach Wichtigkeit sortieren. Ganz oben stehen die überlebenswichtigen Dinge, sollte man meinen und das ist für uns alle der Klimaschutz. Sollte so sein. Das ist vielleicht nicht ganz so einfach zu verstehen, oder warum steht es nicht für uns alle im Gemeinderat ganz oben auf der Agenda? Denkt die rechte Hälfte des Gemeinderats, es ist eine gute Strategie, die Augen vor der Wahrheit zu verschließen? Ist es seriös, ständig zu betonen, dass wir es sowieso nicht schaffen, weil uns das Geld fehlt? Ja, uns fehlt sehr viel Geld und Sie haben dazu beigetragen, dass uns noch mehr Geld fehlt. Handeln Sie zum Wohle der Stadt, wenn Sie nicht einmal das geöffnete Türchen des Oberbürgermeisters annehmen wollen, der auf das merkwürdige Spiel eingeht und die 395 Punkte für ein Jahr beschließen lassen möchte? Zu hoch gepokert, Herr Weiß, das waren Ihre Worte an Herrn Knecht. Das ist aber hier kein Spiel, wo es um gewinnen oder verlieren geht. Das ist eine verantwortungsvolle Aufgabe, die wir gemeinsam meistern müssen. Und natürlich müssen wir die Wirtschaft fördern, eben weil wir auf diese Gewerbesteuer angewiesen sind. Aber Wirtschaftsförderung bedeutet nicht, diese Steuern ohne Not zu senken, sondern wir dürfen auch diese Stadt nicht kaputtsparen, damit die Fachkräfte, die sich ihren Arbeitsplatz mittlerweile aussuchen können, sich für Ludwigsburg entscheiden. Kunst, Kultur, Sport, ein schönes, sauberes Stadtbild, mit viel Grün und intakter Infrastruktur sowie ausreichend attraktive Schulen und Kitas. Das erwarten diese Fachkräfte, die unsere Firmen gewinnen möchten. Sie nennen sich gerne bürgerlich. Was verstehen Sie darunter? Sie zerstören systematisch die Stadtfinanzen und handeln so gegen die Interessen der Stadt. Gegen das Wohl der Bürger\*innen, zu dem wir uns aber verpflichtet haben mit unserer Wahl. Und wir tragen auch soziale Verantwortung, und das kommt auch bei CDU, FW, FDP immer wieder zu kurz. Wir dürfen nicht nur diese Menschen unterstützen, von denen wir uns einen Nutzen versprechen. Wir müssen auch diejenigen unterstützen, die darauf angewiesen sind. Die vielleicht nicht mal hier stehen und demonstrieren oder uns anrufen oder uns Briefe schreiben. Ohne mit der Wimper zu zucken, wollte ein großer Teil des Gemeinderats die Elternbeiträge für die Kitas um 8,5 % erhöhen. Wieder mit der Begründung, dass wir so dringend Geld brauchen. Irgendwie wird es immer so hingedreht, wie es gerade passt. Wir sind sehr froh, dass unser interfraktioneller Antrag mit SPD und Linken erfolgreich war und die Gebühren jetzt nur um 4 % erhöht werden. Wir sind auch zufrieden, dass durch Umschichtung mehr Geld für die kleinen Radverkehrsmaßnahmen bereitsteht, so wie es unserem Antrag entspricht. Aber: Fürs Klima und auch die Kultur bleibt zu wenig Geld übrig. Die fehlende Gewerbesteuer und auch Grundsteuer wiegen zu schwer. Wir haben viele Bauprojekte umzusetzen, wir wissen das alle und es sind Summen, die uns schwindelig machen. Wir waren kompromissbereit, wir hätten die 395 Hebesatzpunkte mitgetragen, obwohl unser interfraktioneller Antrag auf 400 abgelehnt wurde. Das Ergebnis unserer Abstimmungen und Beratungen ist einfach so viel schlechter, als es sein müsste. Wir können das so nicht mittragen, es ist unverantwortlich. Wir werden diesen Haushalt daher ablehnen. Es würde sich lohnen, sich noch einmal eingehend damit zu beschäftigen. Wir danken allen Mitarbeitenden

unserer Stadtverwaltung für Ihre Arbeit im letzten Jahr und vor allem für die Ausarbeitung dieses Haushalts und wir bedauern sehr, dass der Blick ins nächste Jahr nicht so fröhlich ist. Deshalb wünschen wir aber dennoch allen schöne Weihnachten. Genießen Sie einige ruhige erholsame Tage.“

Stadtrat **Herrmann** geht auf die hohen Kreditaufnahmen ein. In Anbetracht der Investitionen, schwerpunktmäßig das Bildungszentrum West, sei dies zu vertreten. Die Mehreinnahmen und die künftigen Ausgabenreduzierung können die Verschuldung reduzieren und sollen nicht für neue Aufgaben eingesetzt werden. Der Gewerbesteuersatz liege im Kreisvergleich im oberen Bereich. Wegen der Pandemie habe man den Hebesatz für drei Jahre erhöht und werde zum 01.01.2024 wieder sinken. Er weist darauf hin, dass man Gewerbesteuermehreinnahmen generieren konnte. Weiter geht er auf die sieben haushaltsrelevanten Anträge der Grünen - Fraktion ein und kritisiert dies. Bei einer Annahme hätte dies für Ludwigsburg 4 Millionen Mehrausgaben bedeutet. Die CDU-Fraktion habe lediglich fünf Anträge gestellt. Hiervon sei einer mit Haushalts Relevanz beschlossen worden. Er hoffe, dass bei den Planungen für den Ausbau der Ganztagesbetreuung an Grundschulen jegliche Zuschüsse abgerufen werden. WIN LB sieht er als Verwaltungsmodernisierungsprozess für die nächsten fünf Jahre an. Die Personalkosten und die Aufgaben seien kritisch zu hinterfragen. Um die Verwaltung von Aufgaben zu entlasten, habe seine Fraktion Vorschläge gemacht. Beispielhaft nennt er ein Pop-up-Projekt in der Wilhelmstraße, welches keine Mehrheit im Gremium gefunden habe. Weiter kritisiert er die hohen Standards bei den Bauinvestitionen. Eine kluge Gewerbeansiedlungspolitik könne die Einnahmen aus der Gewerbesteuer erhöhen, ohne den Hebesatz anzuheben. Hierzu müssen Gewerbegebiete ausgewiesen werden. Zudem solle bei der Wohnungspolitik der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer angehoben werden. Er spricht von einem Haushalt mit Vernunft in schwieriger Zeit. Der Bundestag habe genug Mehrbelastungen beschlossen, da solle Ludwigsburg keine zusätzlichen beschließen. Seine Fraktion werde dem Haushalt zustimmen. Er dankt der Verwaltung. Alle Kommunen stünden derzeit vor großen finanziellen Herausforderungen.

Nachfolgend der Redebeitrag von Stadtrat **Weiss**: „Aufgrund der Haushaltsdebatte vom 05. Und 06.12.2023 und den Entscheidungen zu den Anträgen aus dem Gemeinderat, die überwiegend in die Arbeitsgruppe WIN-LB-Team verschoben wurden, können wir dem Haushalt 2024, wenn auch mit großen Sorgenfalten auf der Stirn zustimmen, auch wenn die Planungen für Jahre bis 2027 alles andere als rosig werden. Um die hohen negativen Ergebnishaushalte deutlich zu verringern und positive Finanzmittelüberschüsse für dringende Investitionen in der Zukunft zu erzielen, ohne in die Schuldenfalle zu geraten, sind uns folgende Punkte elementar wichtig:

1. Die Personalkosten dürfen ausgenommen von Tarifierhöhungen nicht weiter steigen. Es reicht daher nicht aus, teilweise, unbesetzte Stellen zu streichen. Durch Verschiebungen und Streichungen von Investitionen, sowie Reduzierung von Dienstleistungen der Stadtverwaltung gegenüber den Bürgern ist ein Personalabbau dringend notwendig. Natürlich kann dies nicht innerhalb eines Jahres erfolgen. Dies muss mit einer sozialverträglichen Fluktuation in den nächsten 3-8 Jahre realisiert werden.
2. Die Fremdleistungen und Dienstleistungen sind auf den Prüfstand zu stellen. Die Begründung ergibt sich bereits unter Punkt 1.
3. Bei den zukünftigen Investitionen dürfen nur noch dringend notwendige Projekte insbesondere für Schulen und Kitas beschlossen werden. Das sind wichtige Investitionen für die Zukunft. Dies gilt auch für den Klimaschutz, für den bereits

hohe Investitionen sowohl durch die Stadt als auch von SWLB vorgesehen sind. Wir denken, dass hier Ludwigsburg bereits eine Vorzeigestadt in der BRD als auch in Europa bei vergleichbaren Städten in dieser Größenordnung ist. Bezüglich der Standards bei größeren Investitionen müssen bereits vor Ausarbeitung der Raumprogramme vergleichbare Angebote in der Ausschreibungsphase in Abstimmung mit Vertretern des Gemeinderates beraten werden.

4. Bei den Einnahmen gibt es aus Sicht der Kommunen nur die Möglichkeit auf der einen Seite die GewSt. und GrdSt. und auf der anderen Seite die Gebühren zu erhöhen. Aus unserer Sicht ist eine angemessene Erhöhung nur dann vertretbar, wenn sowohl die Unternehmen als auch die Immobilieneigentümer und Mieter wie auch die Eltern verstehen und erkennen, dass die Stadtverwaltung und der Gemeinderat die Punkte 1-3 konsequent umsetzen.
5. In Verbindung mit einer Steuer- und Gebührenerhöhung ist für uns wichtig, dass gerade deshalb die Transferleistung für Sport- und Kulturvereine sowie soziale Einrichtungen nicht gekürzt werden dürfen; im Gegenteil.

Erfreulich aus unserer Sicht ist, dass nun aufgrund unserer Hinweise und Forderungen in den letzten Haushaltsreden und Anträgen endlich das Thema Verschlinkung der Verwaltung, Bürokratieabbau und Haushaltskonsolidierung (auch mit externer Hilfe) ernsthaft und offen angegangen wird. Das Jahr 2024 wird für das WIN-LB-Team zusammen mit der Stadtverwaltung und dem Gemeinderat ein spannendes und zukunftsweisendes Jahr und ich kann nur hoffen, dass der sogenannte große Trichter mit all den Erwartungen, Anregungen und Anträgen keine Wundertüte wird.“

Stadträtin **Liepins** zeigt sich frustriert und enttäuscht über den heute zu fassenden Beschluss. Dies liege nicht am Vorschlag der Verwaltung, sondern am Abstimmungsverhalten des Gremiums. Sie erinnert an die umfangreichen Beratungen um sich auf einen vernünftigen Haushaltsplan mehrheitlich zu einigen. Was bedeute vernünftig, hinterfragt sie. Es gebe aus dem Gremium wenig Sparvorschläge, äußert sie kritisch. Es werde zu viel diskutiert, auch in den Ausschüssen. Hier wünscht sie künftig eine bessere Sitzungskultur und erinnert an den Antrag zur Redezeitbegrenzung, der mehrheitlich angenommen worden sei. Weiter geht sie auf den Antrag Nr. 177/23 zu Planungsaufträgen ein. Dieser solle öffentlich beraten werden, ohne Nennung der beteiligten Büros. Dieser Bereich solle im Zuge von WIN LB genau betrachtet werden. Obwohl sich die SPD in vielen Punkten durchgesetzt habe, unter anderem die Kita-Gebühren nur um vier Prozent zu erhöhen, wollte Ihre Fraktion eigentlich den Haushalt ablehnen, werde sich jedoch heute enthalten, da eine erneute Beratung nicht sinnvoll sei. Sie zeigt sich frustriert über die Beratung zur Gewerbesteuer. Man könne nur das Geld ausgeben, welches eingenommen werde. Sie bittet alle Gemeinderäte darum, sich ihrer Gesamtverantwortung bewusst zu werden. Die großen Erwartungen in WIN LB sehe sie eher gedämpft, werde jedoch auch mit kleineren Einsparungen zufrieden sein. Sie dankt der Verwaltung.

Stadtrat **Haag** geht auf die Prognosen ein und appelliert beim Thema Gewerbesteuer zu Gelassenheit, da die wirtschaftliche Lage die Einnahmen bringe und eine Hebesatzerhöhung keine Sicherheit sei. Die Debatte über den Hebesatz werde im kommenden Jahr erneut geführt. Er geht auf die Änderung der Grundsteuer ein und kritisiert die fehlende Information des Finanzministeriums zur künftigen Belastungsverteilung. Durch die Steuerschätzung habe man Mehreinnahmen produziert und somit eine Kompensation erreicht. Weiter geht er auf die Personalstellen ein. Stellenzuwachs sei ein falsches Signal nach außen. Hier sei ein

Umschichtungsprozess notwendig. Er dankt der Verwaltung. Seine Fraktion werde dem Haushalt zustimmen.

Nachfolgend der Redebeitrag von Stadtrat **Müller**: „Bei den Beratungen zum Haushalt 2024 stand dieses Jahr die Einnahmeseite im Fokus, genauer gesagt deren unnötige Reduzierung. Wir sind der Ansicht, dass die Gebühren für die Kindertagesstätten nicht erhöht werden sollten. Familien mit Kindern sollten nicht noch weiter belastet werden. Stattdessen sollte die Gewerbesteuer nach unserer Vorstellung auf 405 Punkte angehoben werden. Als Kompromiss schlugen wir mit dem interfraktionellen Antrag, den wir mit den Grünen und der SPD gestellt haben, vor, die Lasten gleichmäßiger auf mehr Schultern zu verteilen. Die Gewerbesteuer sollte dafür moderat um 5%-Punkte steigen und die Kita-Gebühren nur um 4%. Daraus wurde nichts.

Was schlägt die andere Hälfte des Gemeinderats vor? Meiner Ansicht nach hat die FDP mit ihrem Antrag den Vogel abgeschossen. Sie schlägt vor, die Gewerbekapitalertragsteuer um 20%-Punkte zu senken und damit auf einen niedrigeren Hebesatz als 2020 zukommen. Was wäre passiert, wenn der Antrag angenommen wäre? Die Stadt macht unnötige Schulden. Gerade die FDP fordert doch die Einhaltung der Schuldenbremse. Was passiert, wenn die Schulden in ein einigen Jahren zu hoch werden? Wird dann der Ruf laut, die Stadt solle ihr Tafelsilber privatisieren? Auf Bundesebene geschieht dies bereits. Eine Senkung des Hebesatzes um 10%-Punkte ist ebenfalls nicht vertretbar. Die Linke hat im Jahr 2020 der Befristung des höheren Hebesteuersatzes nur deshalb zugestimmt, weil wir davon ausgegangen sind, dass mit der Zustimmung zu den damals schon geplanten Großprojekten auch bei den Befürwortern der Befristung die Einsicht wächst, dass die Stadt auf die höheren Steuereinnahmen angewiesen ist. Jetzt scheinen die Versprechungen einzelner Fraktionen im Gemeinderat wichtiger zu sein als das Ziel die Verschuldung der Stadt niedrig zu halten. Vor allem die CDU betont doch bei allen Gelegenheiten, dass die Schulden eine Last für zukünftige Generationen sind. Gilt das nicht mehr? Ebenfalls nicht nachvollziehbar ist der Vorgang: Erst stimmt man für eine geringere Einnahmen der Stadt und dann fordert man, dass die Finanzierungslücke beim Ausbau der städtischen Photovoltaik mit lukrativen Anlagen für private Investoren geschlossen werden soll. Da sollte die Stadt doch besser selber von den Erträgen im vollen Umfang profitieren. Die nicht notwendige Reduzierung der Einnahmenseite motiviert die Mitarbeiter der Stadt nicht gerade zur Mitarbeit an dem wichtigen Projekt „WIN LB“, auf deren Mitarbeit die Stadt angewiesen ist. Aufgrund dieser nicht zukunftsorientierten Haushaltspolitik, wie sie die Mehrheit im Gemeinderat zusammengezimmert hat, sehen wir keine Grundlage, dem Haushalt 2024 zuzustimmen.“

Nachfolgend der Redebeitrag von Stadträtin **Kainz**: „Trotz Rekord-Gewerbesteuerereinnahmen 2023 steht der Stadtverwaltung Ludwigsburg gemeinsam mit dem Gemeinderat ein zähes Ringen, oder wie unser Oberbürgermeister es positiv formuliert: „Demokratische Diskussionen“ ins Haus. Der Blick auf den Finanzierungsmittelbedarf von über 207 Millionen bis ins Jahr 2027, für den die geplante Absenkung des Hebesatzes der Gewerbesteuer und der Beibehaltung des Hebesatzes Grundsteuer nicht ursächlich verantwortlich ist, zeigt wo angesetzt werden muss. Es besteht kein Einnahmen-, sondern ein Ausgaben Problem. Ein kleiner Trost: Kreis, Land und Bund haben die gleiche „Herausforderung“. Ludwigsburg hat den großen Vorteil, die momentan aufgelaufenen Schulden 2024/2025 noch aus dem Sparstrumpf ausgleichen zu können. Auch die WINLB ist mit ihren angepeilten Einsparungen 15 Mio. Euro und der Verwaltungsneuaufstellung nicht alleine Retter in der Not. Aber vielleicht gelingt es ihr doch, außer den schon

eingerechneten Verbesserungen, auch die Denkmuster zu verändern oder erweiterte Sichtweisen anzuregen.

Beispiele:

- Einsparungen durch mehr Interkommunales Denken mit angrenzenden Kommunen.
- Mehreinnahmen durch mehr Vermietung städtischer Einrichtungen und Räumlichkeiten.
- Zusammenrücken der Verwaltung bedingt auch durch Homeoffice, dadurch weniger Mietkosten.
- Mehreinnahmen durch Durchsetzung von Verkehrsstrafen z.B. beim unsäglichen Falschparken in Ludwigsburg.
- Mehreinnahmen durch mehr Werbung auf städtischen Fahrzeugen, Flächen.
- Partnerschaften mit Unternehmen, gemeinnützigen Organisationen.
- Einbeziehung von Bürgergenossenschaften.
- Vergleich zu anderen Städten bezüglich des Bürgerschaftlichen Engagements.

Natürlich gibt es viele weitere Ansatzpunkte - die dringend notwendige Digitalisierung natürlich nicht zu vergessen! Ein weiteres Drehen an der Gewerbesteuerschraube konnte glücklicherweise verhindert werden und damit keine Beschädigung der Zukunftsaussichten. Neue Ideen fürs Gewerbe wie z.B. „Kokolores Kollektiv“ zeigt, wohin die Reise gehen könnte. Ziel ist vorhandenes Gewerbe zu erhalten, als gründerfreundliche Kommune idealerweise nicht belegte Gewerbeflächen zu belegen, gerne auch auf mehreren Etagen. In diesem Zusammenhang: Für weitere Gewerbegebiete und Wohnbebauung und ihren Folgekosten stellt sich die Frage: Wieviel verträgt Ludwigsburg? Resümee: Ludwigsburg steht vor einem Kipppunkt: Es wird allen weh tun. Sollten die Verantwortlichen versagen, droht der Verlust der Handlungsfähigkeit und vermutlich eine Beschränkung der Ausgaben auf niedriges Pflichtaufgaben-Niveau. Wir haben keine Wahl.“

Die Ausgaben seien der Knackpunkt, meint Stadtrat **Dogan**. Er werde dem Haushalt zustimmen.

OBM **Dr. Knecht** stellt die Vorlage Nr. 399/23 zur Abstimmung.

TOP 1.2 - Stellenplan

Vorl.Nr.

---

### **Beratungsverlauf:**

Zum Beratungslauf siehe TOP 1.1.

**Beschluss:**

1. Der Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die Kindertageseinrichtungen der Stadt Ludwigsburg wird zugestimmt.
2. Mit den Elternbeiträgen in der Schulkindbetreuung wird analog den Kitagebühren verfahren.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 34 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: - Stadtrat Heer  
- Stadträtin Seyfang  
- Stadträtin Shoaleh

**Beratungsverlauf:**

Das Gremium verzichtet auf Sachvortrag und Aussprache. OBM **Dr. Knecht** lässt sogleich über die Vorlage Nr. 400/23 Beschluss fassen.

**Beschluss:**

1. Der Gemeinderat stimmt - vorbehaltlich der Haushaltsgenehmigung 2024 - der Anpassung der Feuerwehrentschädigungssatzung (Anlage 1 zur Vorlage Nr. 290/23) zu.
2. Es erfolgt eine Dynamisierung der einzelnen Beträge. Diese passen sich alle 2 Jahre automatisch der durchschnittlichen Inflationsrate der letzten beiden Jahre in Deutschland (gemessen als Veränderung des Verbraucherpreisindex (VPI)) an. Mindestens jedoch um 1 Euro. Nach oben gerundet wird ab dem 1 Cent. Die Ermittlung der Inflationsrate erfolgt jeweils zum ersten September des betroffenen Jahres. Die Anpassung erfolgt zum darauffolgenden Jahreswechsel.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 38 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadtrat Heer  
- Stadträtin Seyfang  
- Stadträtin Shoaleh

**Beratungsverlauf:**

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung im Bildungs- und Sozialausschuss am 13.12.2023 und die dort einstimmig gefasste Beschlussempfehlung. Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage Nr. 290/23 Beschluss fassen.

**Beschluss:**

1. Die Programmplanungen 2024 der LSF werden zur Kenntnis genommen.
2. Der Fachbereich Kunst und Kultur wird ermächtigt, den Betrauungsakt zur institutionellen Förderung der Ludwigsburger Schlossfestspiele zu erlassen. Die Ermächtigung gilt auch über das Haushaltsjahr 2024 hinaus. Für die Höhe der institutionellen Förderung ist immer der Haushaltsplanansatz des laufenden Haushaltsjahres maßgeblich.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 38 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadtrat Heer  
- Stadträtin Seyfang  
- Stadträtin Shoaleh

**Beratungsverlauf:**

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung im Bildungs- und Sozialausschuss am 13.12.2023 und die dort einstimmig gefasste Beschlussempfehlung. Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage Nr. 338/23 Beschluss fassen.

**Beschluss:**

1. Die Programmplanungen 2024 werden zur Kenntnis genommen.
2. Der Fachbereich Kunst und Kultur wird ermächtigt, den Betrauungsakt zur institutionellen Förderung des Theatersommers zu erlassen. Die Ermächtigung gilt auch über das Haushaltsjahr 2024 hinaus. Für die Höhe der institutionellen Förderung ist immer der Haushaltsplanansatz des laufenden Haushaltsjahres maßgeblich.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 38 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadtrat Heer  
- Stadträtin Seyfang  
- Stadträtin Shoaleh

**Beratungsverlauf:**

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung im Bildungs- und Sozialausschuss am 13.12.2023 und die dort einstimmig gefasste Beschlussempfehlung. Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage Nr. 339/23 Beschluss fassen.

---

**Beschluss:**

1. Die Kostenüberdeckungen bei der Schmutzwasserbeseitigung aus den Jahren 2020 (Restbetrag) mit 405.907,23 Euro, 2021 mit 680.698,70 und 2022 (anteilig) mit 130.000.- Euro werden in die vorliegende Gebührenkalkulation eingestellt und im Jahr 2024 ausgeglichen.

Bei der dezentralen Abwasserbeseitigung erfolgt im Jahr 2024 ein Ausgleich der Kostenüberdeckungen aus den Jahren 2020 (Restbetrag) in Höhe von 108,47 Euro und 2021 in Höhe von 211,58 Euro sowie ein Ausgleich der Kostenunterdeckung aus dem Jahr 2022 in Höhe von 177,62 Euro.

Die restlichen Kostenüberdeckungen bei der Schmutzwasserbeseitigung aus dem Jahr 2022 und bei der Niederschlagswasserbeseitigung aus den Jahren 2020 bis 2022 werden in den Wirtschaftsjahren 2025ff. berücksichtigt.

2. Der dem Gemeinderat vorgelegten Abwassergebührenkalkulation 2024 (s. Anlage) mit den analog zum Vorjahr 2023 belassenen Gebührensätzen wird zugestimmt. Den gebührenfähigen Gesamtkosten der öffentlichen Einrichtungen, welche in die Gebührenkalkulation eingestellt wurden, wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 38 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadtrat Heer  
- Stadträtin Seyfang  
- Stadträtin Shoaleh

**Beratungsverlauf:**

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung und die einstimmige Beschlussempfehlung des Betriebsausschusses Stadtentwässerung vom 14.12.2023. Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage Nr. 206/23 Beschluss fassen.

**Beschluss:****1. Feststellung des Jahresabschlusses**

Der Jahresabschluss wird mit den in Anlage 2 aufgeführten Werten festgestellt.

**2. Ergebnisverwendung**

Der Überschuss aus 2022 i.H.v. 218.825,29 € wird auf neue Rechnung vorgetragen und mit dem Fehlbetrag aus Vorjahren i.H.v. 95.444,31 € verrechnet.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 38 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadtrat Heer  
- Stadträtin Seyfang  
- Stadträtin Shoaleh

**Beratungsverlauf:**

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung und die einstimmige Beschlussempfehlung des Betriebsausschusses Stadtentwässerung vom 14.12.2023. Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage Nr. 248/23 Beschluss fassen.

**Beschluss:**

Der beiliegende Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Ludwigsburg für das Wirtschaftsjahr 2024 wird gemäß Festsetzungsbeschluss s. Kapitel 2 (Seite 8 und 9) beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 38 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadtrat Heer  
- Stadträtin Seyfang  
- Stadträtin Shoaleh

**Beratungsverlauf:**

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung und die einstimmige Beschlussempfehlung des Betriebsausschusses Stadtentwässerung vom 14.12.2023. Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage Nr. 205/23 Beschluss fassen.

---

**Abweichender Beschluss:**

1. Die kommunale Wärmeplanung bildet den handlungsleitenden Rahmen für die zukünftige klimaneutrale Wärmeversorgung in Ludwigsburg. Vor diesem Hintergrund nimmt der Gemeinderat die Ergebnisse der kommunalen Wärmeplanung zur Kenntnis und befürwortet das Zielszenario (sog. Zielfoto) für die klimaneutrale Wärmeversorgung 2035 für Ludwigsburg (siehe Ziffer 1a-c der Begründung). Das Ziel, die Wärmeversorgung entsprechend dem strategischen Zielfoto klimaneutral zu gestalten und zu dekarbonisieren wird bekräftigt.
2. ~~Der Gemeinderat stimmt den aufgeführten Maßnahmen zur Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung zu (siehe Ziffer 1d der Begründung).~~  
*Die nachfolgenden fünf Maßnahmen werden gemäß Klimaschutzgesetz Baden-Württemberg innerhalb der nächsten 5 Jahre angegangen. Sie konkretisieren die Ergebnisse der kommunalen Wärmeplanung und stellen somit einen weiteren Schritt hin zur Wärmewende dar:*
  - *Konzept zur Erschließung des Potenzials durch Sanierung und Effizienzsteigerung*
  - *Konzept zur Flächensicherung*
  - *Machbarkeitsstudie Grünes Gas*
  - *Machbarkeitsstudien im Rahmen des Förderprogramms „Bundesförderung für effiziente Wärmenetze“ (BEW-Studie)*
  - *Konzept für Ausbau und Nachverdichtung Verbundwärmenetz*
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Ziele der Wärmeplanung gemeinsam mit den relevanten Akteurinnen und Akteuren zu verfolgen und die Maßnahmen (siehe Ziffer 1d der Begründung) im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten und unter Vorbehalt entsprechender Finanzierungsmittel umzusetzen.
4. Der Gemeinderat beauftragt den Oberbürgermeister der Stadt Ludwigsburg, in seiner Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH (SWLB), darauf hinzuwirken, dass die SWLB auf Grundlage der Ziele und Maßnahmen der kommunalen Wärmeplanung eine - im Rahmen der für die Bürgerinnen und Bürger, die Kundinnen und Kunden und die Gesellschafterinnen und Gesellschafter verträglichen Belastungen - Transformationsstrategie zur Erreichung des Zielszenarios erstellt und deren Umsetzung stringent verfolgt. Klare Inhalte der Transformationspläne sind, dass der Fernwärmeausbau ambitioniert und unter Berücksichtigung der vorhanden Ressourcen vorangetrieben wird und die bis 2035 in Ludwigsburg ausgebaute Fernwärmeinfrastruktur vollständig dekarbonisiert ist.

## **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 35 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadtrat Heer  
- Stadträtin Seyfang  
- Stadträtin Shoaleh

## **Beratungsverlauf:**

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorlage Nr. 301/23 und führt in das Thema ein. Heute gehe man auf den strategischen Überbau ein und nicht auf konkreten Umsetzungsmaßnahmen. In einem nächsten Schritt werde die Umsetzungs-/ Transformationsplanung erfolgen. Der Blick müsse jetzt schon auf die Finanzen, Fachkräfte und Handwerker, Auswirkungen auf die Gesellschaft aufgrund Baustellen gerichtet werden. Die finanziellen Herausforderungen seien rein rechnerisch nicht bis 2035 zu bewältigen. Dennoch müsse man sich auf den Weg machen.

Anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zum Protokoll) erläutert ein **Mitarbeiter** des Büros EGS-Plan den Sachverhalt und geht auf die Ergebnisse ein.

BMin **Schwarz** weist auf den geänderten Beschlussvorschlag (Beschlussziffer 2) hin (vgl. letzte Seite der Präsentation). Sie lädt die Bürgerschaft zu einer Informationsveranstaltung am 16.01.2024 ein. Darüber hinaus seien die Fragen aus der Bürgerbeteiligung auf der Homepage zusammengestellt worden. Zudem werde eine städtische Anlaufstelle installiert, wie auch bei den Stadtwerken, um den Erwartungen der Bevölkerung entgegenzukommen.

OBM **Dr. Knecht** eröffnet die Aussprache.

Nachfolgend der Redebeitrag von Stadtrat **Sorg**: „Das Klimaschutzgesetz des Landes verpflichtet uns bis Ende des Jahres die kommunale Wärmeplanung, die heute vorliegt, zu beschließen. Wir in Ludwigsburg machen's ganz spannend und warten bis zum letztmöglichen Termin. Mit der kommunalen Wärmeplanung beschließen wir heute einen wichtigen Zwischenschritt. Wir bilden die Grundlage für ein großes Infrastrukturprojekt. Der Umbau hin zu lokaler erneuerbarer Wärmeenergie befreit uns von fossilem, konfliktreichen Öl und Gas. Die Bürgerinnen und Bürger der Stadt sind am Thema sehr interessiert. Die Menschen wollen wissen, ob und wo Fernwärme kommt und wo man besser eine Wärmepumpe einbaut. Denn wo nie Fernwärme hinkommt, kann ich schon heute eine Wärmepumpe kaufen und bin unabhängig von Öl und Gas. Auch unsere städtische Tochter die Stadtwerke benötigen heute einen positiven Beschluss. Nur so werden die SWLB handlungsfähig und können die Umsetzung der Wärmewende beschleunigen. Mit dem heutigen Beschluss ist jedoch die zukünftige Wärmeversorgung noch nicht zementiert. Das sogenannte Zielfoto zeigt auch an, wo es wahrscheinlich ist, dass keine Fernwärme hinkommen wird. Das sind Gebiete, die sich technisch weniger eignen und wo es schlichtweg eine wirtschaftliche Überforderung für die Stadtwerke bedeuten würde. Wir brauchen neben der Online-Plattform jetzt einen Fahrplan, damit Bürgerinnen und Bürger der

Stadt einsehen können, wann ihr Straßenzug mit der Wärmewende dran ist. Wichtig ist heute auch mitzunehmen: Die Anforderungen des Gebäudeenergiegesetzes an die bisherigen Heizsysteme werden mit dem heutigen Beschluss noch nicht scharf gestellt. Dazu bedarf es weiterer Beschlüsse. Diese liefern dann auch erst größere Planungssicherheit für die einzelnen Gebiete, hier Cluster genannt. Andererseits ist es definitiv davon abzuraten jetzt noch schnell eine neue Öl- oder Gasheizung einzubauen in der falschen Hoffnung damit zukunftsicher zu heizen. Die Klimakonferenz in Dubai hat letzte Woche endlich den Einstieg vom Ausstieg aus fossilen Energieträgern beschlossen. Die Ampel in Berlin hat den Haushaltsstreit beigelegt: Ein erhöhter CO<sub>2</sub>-Preis schafft einen wirtschaftlichen Anreiz den Öl und Gas-Verbrauch zu reduzieren. Auch daher ist es wichtig, das städtische Förderprogramm KlimaBonus auszubauen, damit finanziell schwächere Haushalte bei der Wärmewende mitgenommen werden. Auch muss der KlimaBonus an die neuen Realitäten angepasst werden und der Umstieg auf Wärmepumpen und Fernwärme gefördert werden. Wir wollen wissen, wie insbesondere Wohneigentümergeinschaft beim Umstieg unterstützt werden können. Es ist notwendig die Häuser in Ludwigsburg schneller und besser zu sanieren. Dazu werden Kommunikation, Informationen und auch Förderungen benötigt. Die Ludwigsburger Energieagentur muss besser aufgestellt und bekannt gemacht werden. Dann ist sie für einen Ansturm an Anfragen zu Sanierung und zukünftiger Wärmeversorgung gewappnet. Auch muss das Personal bei den SWLB aufgestockt werden. Damit die Wärme zu den Häusern kommt, müssen Rohre verlegt werden. Auch brauchen die Wärmepumpen genügend dicke Stromkabel und mehr PV-Strom. Auch dafür gibt es Anträge aus der Bürgerschaft. Dieser Stadtbau muss gut geplant und koordiniert werden. Doch die Fernwärme fällt nicht vom Himmel, sondern muss erzeugt werden und zwar vor Ort. Es braucht Flächen für Energieanlagen. Wärme wird zukünftig hauptsächlich von der Sonne, aus der Erde, dem Wasser und der Luft gewonnen - und nur zu einem sehr geringen Teil aus Biomasse. Wo soll die denn auch herkommen? Pellets müssten von weither transportiert werden und Mais für Biogas ist sehr ineffizient. Salonwald und Favoritepark sollen auch mal schön stehen bleiben. Auch ist es fraglich, wo das so schön benannte „Grüne Gas“ herkommen soll. Grüner Wasserstoff und synthetische Gase werden auf lange Zeit unerschwinglich und viel zu schade zum Verbrennen sein, um Wärme zu erzeugen. Hier müssen die nachgelagerten Transformationspläne und Machbarkeitsstudien nachsteuern, damit diese dann unsere Zustimmung finden. Ein Ausbau der Biomasseverbrennung und ein unrealistisch hoher Anteil an „grünem“ Gas ist mit uns Grünen nicht machbar. Sollte zentral Biomasse zum Einsatz kommen, müssen zwingend Pyrolyseanlagen erwogen werden, die neben Wärme auch Kohlenstoff produzieren. So wird CO<sub>2</sub> langfristig gebunden. Nur zu gern verweisen Sie Herr Oberbürgermeister Dr. Knecht darauf, dass für den Umbau, die Transformation der Wärmeversorgung massive Investitionen nötig sind und Land und Bund sich auch finanziell engagieren. Das geschieht bereits und muss auch in Zukunft weiter passieren. Die Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW) sieht für die Transformationspläne und Machbarkeitsstudien eine Förderung von 50 Prozent vor und für Netzausbau und Anlagenbau 40 Prozent. Wir bedanken uns bei der Verwaltung, Herrn Merkle und dem gesamten Team, und dem Ingenieurbüro für die fundierte Ausarbeitung und die Beantwortung unserer Fragen. Der kommunalen Wärmeplanung stimmen wir zu.“

Die Stadt investiere bereits viel in den Klimaschutz und werde dies weiterhin tun, trotz der finanziellen Lage, sagt Stadtrat **Braumann**. Das Ziel 2035 sei ambitioniert. Hierfür liege eine umfangreiche Konzeption vor. Diese müsse mit den lokalen Akteuren abgestimmt werden. Er appelliere an ein miteinander. Die Bürgerschaft habe viele Fragen, wie die zukünftige Wärmeversorgung aussehe. Man brauche

Planungssicherheit. Es fehle an Verlässlichkeit. Die Bundesregierung erlässt schlecht ausgearbeitete Gesetze, um das Klima zu retten. Statt in nachhaltige Heizungssysteme zu investieren, kaufen Eigentümer aus Verzweiflung noch schnell Gasheizungen. So könne die Wärmewende nicht gelingen, sagt er. Ein einheitliches Entgelt in der Stadt könne erst bei einem einheitlichen Verbundsystem erfolgen, dies müsse der Bürgerschaft transparent kommuniziert werden. Deshalb sei das Konzept sehr wertvoll und eine hervorragende Arbeitsgrundlage. Technologieoffenheit sei wichtig. Seine Fraktion wolle das Konzept stückweise umsetzen und werde der Vorlage zustimmen.

Stadtrat **Zeltwanger** dankt für die umfangreiche Ausarbeitung. Jetzt müsse in die Infrastruktur investiert werden. Seine Fraktion stehe hinter dem Konzept und den Stadtwerken, die engagiert und kreativ die Energiefragen der Zukunft angehen. Er wolle den Prozess aktiv und konstruktiv mitgestalten. Die Betriebe brauchen die Sicherheit, dass am Standort Ludwigsburg alles für die effektive und schadstoffarme Wärmeverfügbarkeit getan werde. Die Menschen brauchen Verlässlichkeit. Möglichst schnell müsse über die Fernwärmeversorgung informiert werden und für die Übergangszeit wirtschaftlich und praktikable Lösungen angeboten werden. Glaubhaft müsse das künftige große lokale Fernwärmenetz, mit gleichen und fairen Kosten für alle, vermittelt werden. Bei der Energiezukunft müsse man auf mehrere Komponenten setzen und offen bleiben für Innovation und schwäbischen Erfindergeist. Die praktische Umsetzung werde eine Herausforderung sein. Die Regierungen haben viel versäumt, kritisiert er.

Die Details werden im Rahmen der Weiterentwicklung im Gemeinderat diskutiert und beschlossen, merkt Stadtrat **Juranek** an. Man erhalte eine Grundlage zur Entwicklung der klimaneutralen Wärmeversorgung in der Stadt. Gewaltige Aufgaben stehen an. Die drastische Reduzierung des Wärmebedarfs privat und gewerblich und die klimaneutrale Bereitstellung des Restwärmebedarfs. Die Bestandsanalyse sei deprimierend. Flächen für Solarthermie werden in Konkurrenz zu Photovoltaik stehen. Das Ziel werde weder finanziell noch logistisch und personell zu erreichen sein. Dennoch müsse alles versucht werden. Ludwigsburg werde zu einer Dauerbaustelle werden und hierauf müssen sich die Bürger einstellen.

Unstrittig sei die Wärme aus regenerativen Energien zu gewinnen und weniger Energie zu verbrauchen, sagt Stadtrat **Eisele**. Personell und finanziell sei dies nicht stemm- und einhaltbar. Die Beeinträchtigung der Verkehrsflächen während des Ausbaus machen eine parallele Baustelle zur Stadtbahn undenkbar. Die Bürgerschaft, wengleich die Bürgerbeteiligung eher gering ausgefallen sei, wolle wissen, wann und wo die Fernwärme ausgebaut werde. Zudem interessiere die Bürgerschaft das Vorgehen bei einem heutigen Heizungsausfall. Seine Fraktion werde sich enthalten.

Stadtrat **Müller** geht auf das Klimakonzept ein. Man erhalte durch die kommunale Wärmeplanung einen Leitfaden. Er fragt, warum ein kaltes Wärmenetz nach 2035 keine Rolle spiele. Die Reduzierung des Wärmebedarfs durch Dämmung sei ambitioniert. Hierzu wünscht er Information zu den Erfahrungen der bisherigen Maßnahmen. Die Rückmeldung aus der Öffentlichkeitsbeteiligung sehe er als gering an. Die meisten Beiträge drehen sich um die Anschlussmöglichkeiten an die Fernwärme. Die Erstellung der Transformationspläne seien der nächste Schritt und bedeute für die Stadtwerke eine große Herausforderung. Er fragt nach der Finanzierung der externen Studien. Hitzewellen und Dürreperioden irritieren und beunruhigen ihn sehr, wie auch die beschränkten fossilen Energieträger. Der aufgezeigte Korridor sei als Orientierung für die Hausbesitzer eine Erleichterung.

Stadträtin **Kainz** ist auf die weitere Ausarbeitung des Zielszenarios gespannt. Die geringe Bürgerbeteiligung mache künftig eine Verbesserung in der Kommunikation erforderlich. Eine Handlungsanweisung für die Übergangszeit sei wichtig, sowie frühzeitige Beratungsangebote. Das Leihheizungsmodell solle breit kommuniziert werden. Baustellenmanagement, Fernwärme, Stadtbahn und Glasfaserausbau müssen gut abgestimmt werden, um die verkehrliche Belastung gering zu halten.

BMin **Schwarz** geht auf die Rückmeldungen ein. Der Zeitpunkt des Beschlusses sei aufgrund der Änderungen auf Bundesebene gesetzt worden. Sie habe mit mehr Rückmeldungen aus der Bürgerschaft gerechnet. Mit zunehmender Konkretisierung werden vermehrt Fragen kommen. Die verschiedenen Netze müssen dringend miteinander verknüpft werden. Die vorgeschlagenen Maßnahmen müssen aufgrund der Landesvorgaben innerhalb von fünf Jahren umgesetzt werden. Sie gehe von einer schnelleren Realisierung aus. Der Zeitraum bis 2035 sei eine Herausforderung, aber der richtige Weg. Ludwigsburg sei als Vorreiterkommune bereits gut aufgestellt. Die Umsetzung der Maßnahmen auf kommunaler Ebene müsse in die Landes- und Bundesebene kommuniziert werden. Sie rät der Bürgerschaft momentan zu einer zurückhaltenden Haltung und die Entwicklung abzuwarten. Die Reduzierung des Energiebedarfs, unter anderem in Form von Dämmungen, sei durchaus sinnvoll. Über die Stadtwerke gebe es ein gutes Kommunikationsangebot bei akutem Bedarf. Die Umsetzung erfolge durch unterschiedliche Akteure, sowie auch die Beauftragung der Konzepte.

In der letzten Aufsichtsratssitzung habe man einen Strategiebeschluss gefasst, so der **Geschäftsführer** der Stadtwerke. Man stehe vor einer großen Aufgabe. Er weist auf das Aushängeprojekt „Waldäcker III“, mit Biomethankraftwerk, hin. Von dieser Größenleistung brauche man in Ludwigsburg an unterschiedlichen Standorten weitere sieben. In Planung sei unter anderem eine Neckarwasserwärmepumpe, wie auch eine Abwasserpumpe. Die Flächensicherung erfolge in Zusammenarbeit mit der Stadt. Die kommunale Wärmeplanung sei das strategische Instrument. Ergebnisse für die Transformationspläne erwarte man Anfang 2025. Wenngleich bewusst sei, dass die Bürgerschaft eine schnelle Antwort erwarte. Die nächsten Schritte hängen zudem von den finanziellen Mitteln und den Fachkräften ab.

Nach dieser Aussprache lässt OBM **Dr. Knecht** über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen. Er dankt alle Beteiligten.

**Beschluss:**

Der Gemeinderat stellt die Zulässigkeit des Einwohnerantrags „Photovoltaik-Ausbau auf Ludwigsburger Dachflächen beschleunigen“ nach § 20b Absatz 3 Gemeindeordnung fest.

Die inhaltliche Beratung der Angelegenheit soll im Januar 2024 erfolgen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 38 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadtrat Heer  
- Stadträtin Seyfang  
- Stadträtin Shoaleh

**Beratungsverlauf:**

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorlage Nr. 393/23.

Der **Leiter** des Fachbereichs Öffentlichkeitsarbeit und Gremien erläutert den Sachverhalt. Auf Aussprache wird verzichtet.

OBM **Dr. Knecht** lässt über die Vorlage Beschluss fassen.

**Beschluss:**

- I. Dem Entwurf der Bebauungsplanänderung „Stadionvorfeld“ Nr. 049\_02\_01 – Änderung des Bebauungsplanes „Stadionvorfeld“ Nr. 049/02 - wird zugestimmt. Maßgebend sind der Bebauungsplanentwurf (zeichnerischer Teil – Anlage 1), sowie die textlichen Hinweise (Anlage 2) und die Begründung (Anlage 3), jeweils mit Datum vom 16.11.2023.
- II. Ziel der Planung ist es, den Neubau einer Sporthalle für den Schul- und Vereinssport planungsrechtlich zu ermöglichen.
- III. Das Verfahren wird im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB durchgeführt. Von der Umweltprüfung, dem Umweltbericht, der Anlage welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, wird abgesehen.
- IV. Der Bericht über die im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB sowie der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Stellungnahmen wird zur Kenntnis genommen (Anlage 4). Die abschließende Abwägungsentscheidung über die eingegangenen Stellungnahmen bleibt dem Satzungsbeschluss vorbehalten.
- V. Die Verwaltung wird beauftragt, den Bebauungsplan und die Begründung gem. § 3 (2) BauGB öffentlich auszulegen und die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB einzuholen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 34 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: - Stadtrat Heer  
- Stadtrat Müller  
- Stadträtin Seyfang  
- Stadträtin Shoaleh

### **Beratungsverlauf:**

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung im Bauausschuss am 07.12.2023 und die dort einstimmig gefasste Beschlussempfehlung. Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage Nr. 328/23 Beschluss fassen.

TOP 12

Benennung von fünf Straßen und einem Platz im Stadtteil Ost

Vorl.Nr. 074/23

---

### **Beschluss:**

Für fünf Erschließungsstraßen im Stadtteil Ost im Baugebiet Fuchshof (Bebauungspläne 045/02 Fuchshof und 045/05 Fuchshof Schule) werden folgende Straßennamen festgelegt:

Amberweg  
Am Grünen Ring  
An der alten Gärtnerei  
Eschenweg  
Ulmenweg

Der im Baugebiet Fuchshof gelegene Quartiersplatz erhält den folgenden Namenszusatz:  
Fuchshofpark

### **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 36 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadtrat Heer  
- Stadträtin Seyfang  
- Stadträtin Shoaleh

### **Beratungsverlauf:**

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die verschiedenen Vorberatungen und die im Bauausschuss am 07.12.2023 einstimmig gefasste Beschlussempfehlung. Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage Nr. 074/23 Beschluss fassen.

**Beschluss:**

Neben dem Oberbürgermeister werden in den Aufsichtsrat der NaturVision Ludwigsburg gGmbH folgende Personen entsendet:

	<b>Mitglied</b>	<b>Stellvertreter/-in</b>
Bündnis 90/ Die Grünen	Prof. Dr. Michael Vierling	Catharina Clausen
CDU	Dr. Edith Klünder	Klaus Herrmann
FW	Jochen Zeltwanger	Bernhard Remmele

Die Vertretung des Oberbürgermeisters übernimmt der/die jeweilige Erste/r Bürgermeister/in.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 33 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadtrat Heer  
- Stadträtin Knecht  
- Stadträtin Seyfang  
- Stadträtin Shoaleh

**Beratungsverlauf:**

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorlage Nr. 394/23. Auf Frage von Stadtrat **Müller** führt er aus, bisher seien nur 4 Mitglieder für den Aufsichtsrat vorgesehen. Er schläge vor, das nächste halbe Jahr abzuwarten, bis abschließend geklärt sei, wie Land und Region sich an NaturVision beteiligen. Gegebenenfalls könne der Gesellschaftsvertrag geändert werden. Er habe auch keine Bedenken, wenn weitere Personen im Rahmen eines Gastrechts an den Aufsichtsratssitzungen teilnehmen. Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt er über die Vorlage 394/23 Beschluss fassen.

---

**Beschluss:**

1.

**Wahl des Vorsitzenden des Gemeindewahlausschusses und der Stellvertretungen:**

Zum Vorsitzenden des Gemeindewahlausschusses wird Herr Oberbürgermeister Dr. Matthias Knecht, für den Fall seiner Verhinderung die Erste Bürgermeisterin Frau Renate Schmetz zur Stellvertreterin und zum weiteren Stellvertreter der Fachbereichsleiter der Bürgerdienste Herr Jürgen Schindler, gewählt.

2.

**Wahl der Beisitzenden und stellvertretenden Beisitzenden des Gemeindewahlausschusses:**

a.

In den Gemeindewahlausschuss werden 8 Beisitzende und 8 stellvertretende Beisitzende berufen.

b.

Jede im Gemeinderat vertretene Partei oder Wählervereinigung benennt dem Fachbereich Bürgerdienste bis spätestens Mittwoch, 17. Januar 2024, je zwei Wahlberechtigte, die dann als Beisitzende bzw. stellvertretende Beisitzende des Gemeindewahlausschusses als gewählt gelten.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadtrat Heer  
- Stadträtin Knecht  
- Stadträtin Seyfang  
- Stadträtin Shoaleh

**Beratungsverlauf:**

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung und die einstimmige Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses vom 12.12.2023. Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht. Auf Aussprache wird seitens des Gremiums verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage Nr. 300/23 Beschluss fassen.

**Beschluss:**

Gemäß den geltenden Richtlinien zur Bildung von Stadtteilausschüssen wird auf Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

**Frau Anna Krohmer,  
Ernst-Kauffmann-Str. 52, 71640 Ludwigsburg-Ost**

als Mitglied in den Stadtteilausschuss Oststadt berufen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadtrat Heer  
- Stadträtin Knecht  
- Stadträtin Seyfang  
- Stadträtin Shoaleh

**Beratungsverlauf:**

Das Gremium verzichtet auf Sachvortrag und Aussprache. OBM **Dr. Knecht** lässt sogleich über die Vorlage Nr. 330/23 Beschluss fassen.